

Rewe-Supermarkt ist noch nicht vom Tisch

Bürgerliste will den Kaufpreis prüfen lassen, Grüne wollen mit dem Investor neu verhandeln

VON RALF KRIEGER

Die Bürgerliste verlangt in einem nicht-öffentlichen Antrag die Prüfung des Grundstücksgeschäfts (wir berichteten) zwischen der Stadt und Rewe beim Rechnungsprüfungsausschuss unter Einbindung des Korruptionsbeauftragten. Bei dem Geschäft hatte die Stadt ein Schlüsselgrundstück an der Reuterstraße zum äußerst günstigen Preis von 205 Euro je Quadratmeter an Rewe verkauft. Der Verkauf, heißt es im Antrag, sei nicht nachvollziehbar, es dränge sich der „Eindruck von fehlender Sachkunde auf und/oder dass Korruption eine maßgebliche Rolle gespielt“ haben könnte.

Während die CDU im Bau- und Planungsausschuss am Dienstag mit einem Antrag die Rewe-Pläne an der Reuterstraße erstmal komplett stoppen will, möchten die Grünen mit dem Investor nachverhandeln. Obwohl Rewe diese Vorschläge vor längerer Zeit schon als unwirtschaftlich abgelehnt hat, möchten die Grünen statt des geplanten großen Parkplatzes eine Tiefgarage einfordern und vorgeben, dass der Markt statt 1750 Quadratmeter nur noch 1200 Quadratmeter Verkaufsfläche bekommen darf. Der Markt, so die Grünen, sei „so nicht umsetzbar“, das habe die Bürgerbeteiligung gezeigt. Dort gab es ausschließlich

ablehnende Stimmen aus der Bürgerschaft. Dies und die juristisch begründeten Einwendungen, die zwei Rechtsanwälte im Namen von Nachbarn und Geschäftsleuten angefertigt haben, ist für die CDU der Grund für die inzwischen ablehnende Haltung. Von den großen Parteien hält die SPD am Supermarkt fest.

Die Verwaltung hat sich auch geäußert: Das von Andrea Deppe geleitete Baudezernat empfiehlt, das Verfahren „jetzt noch nicht zu beenden“. Vielleicht ergebe sich noch ein neues Konzept. Zum noch nicht vorgelegten Lärmschutzgutachten erklärt die Stadtverwaltung, das Gutachten liege der Verwaltung vor, Ergebnisse seien in eine Begründung eingearbeitet. Das komplette Gutachten werde im laufenden Verfahren „gegebenenfalls überarbeitet und abschließend freigegeben“, also erst später veröffentlicht.

In einer nicht-öffentlichen Stellungnahme, die dem Leverkusener Anzeiger vorliegt, hält die Bauverwaltung an ihrer Aussage fest, dass es bei dem Grundstücksgeschäft mit Rewe mit rechten Dingen zugegangen sei. Es heißt es da, der Investor müsse selbst für Erschließung sorgen, habe die Neugestaltung des Schulhofs der Thomas-Morus-Schule versprochen und müsse auf eigene Kosten Lärm- und Verkehrsgutachten erstellen.